

Skiliftstrategie zahlt sich aus

Grub Das Verwaltungsratsmitglied Peter Hochreutener konnte kürzlich gemäss einer Medienmitteilung 37 Aktionäre zur 51. GV der Skilift Grub-Kaien AG im Hotel Ochsen in Grub begrüßen. Sechs Aktionäre haben sich vertreten lassen. Peter Hochreutener übernahm die Stellvertretung für den Verwaltungsratspräsidenten René Lanker, kurzfristig entschuldigen musste. Die Vorwärtsstrategie des Verwaltungsrats trage erste Früchte. Dank der Bügelwerbung und Firmenwerbetafel können die jährlichen Unterhaltskosten gedeckt werden. Der Skibetrieb konnte im vergangenen Winter erst am 4. März für zehn Tage aufgenommen werden, was die eingeschlagene Strategie zusätzlich bestätigt. Da mit einem reinen Liftbetrieb die Kosten nicht mehr gedeckt werden können, wurde beschlossen, ein Skiliftstöbli einzubauen. Dank Sponsoren und Gönnern und der Unterstützung der Gemeinde Grub und der umliegenden Gemeinden konnte das Skiliftstöbli im Dezember 2015 eröffnet werden. Bei Investitionskosten von rund 80 000 resultierte für das Geschäftsjahr 2015/16 ein fast ausgeglichenes Betriebsergebnis. Dieses sei nur möglich gewesen dank Sponsoren, Fronarbeit von rund 1200 Arbeitsstunden und dem grossen Einsatz von Personal und Verwaltungsräten.

Zum Schluss der Versammlung bedankte sich Peter Hochreutener bei allen Mitwirkenden und bei den Aktionärinnen und Aktionären für das entgegengebrachte Vertrauen. Die Generalversammlung klang bei einem Essen im Restaurant Ochsen und einem gemütlichen Höck im Skiliftstöbli aus. Die Skilift Grub-Kaien AG hat am 23. Dezember 1966 den Skibetrieb aufgenommen. Das 50-Jahr-Jubiläum wird am 2. und 3. Dezember gebührend gefeiert. (pd)

Reorganisation der Verwaltung

Walzenhausen Appenzell Ausserrhoden verfügt dank den Einheitsgemeinden über relativ einfache Gemeindestrukturen. Diese stossen bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben mehr und mehr an ihre Grenzen. Die Aufgaben werden komplexer, in bestimmten Fachbereichen fehlen die nötigen Fachkräfte für die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen, der Anspruch an eine Professionalisierung ist gestiegen. Zudem zeigt es sich immer anspruchsvoller, politische Ämter optimal zu besetzen. Zur Überprüfung und Anpassung der Gemeindestrukturen wurde eine Projektgruppe unter der Leitung von Gemeinderat Michael Litscher gebildet. Die Umsetzung der Reorganisation ist auf die Amtsdauer 2019/2023 vorgesehen. Das Projekt wird begleitet durch das Institut für Qualitätsmanagement und angewandte Betriebswirtschaft der Fachhochschule St. Gallen. Der Walzenhausener Gemeinderat ist überzeugt, mit dem Projekt «Reorganisation» einen wichtigen Impuls für die Entwicklung der Gemeinde zu setzen. Die Projektleitung erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht. Die Bevölkerung wird laufend über den Arbeitsstand informiert. (gk)

Der Kampf ums Überleben

Strukturen Für Lukas Rühli von der Denkfabrik Avenir Suisse sind viele kleinere Gemeinden nicht mehr genügend handlungsfähig. Daher sollten sie fusionieren. Anderer Meinung ist Reiner Eichenberger.

Jesko Calderara
jesko.calderara@appenzellerzeitung.ch

Gemeindefusionen sind ein emotionales Thema. Oftmals scheitern Zusammenschlüsse, weil der Verlust der eigenen Identität befürchtet wird. Dabei würde der Schritt die Gemeindeautonomie stärken. Diese These stellt die Interessengemeinschaft (IG) Starkes Ausserrhoden auf (siehe Zweittext). Lukas Rühli von der Denkfabrik Avenir Suisse beschäftigt sich wissenschaftlich intensiv mit der Problematik. Er teilt die Meinung der IG. «In der Praxis ist die Autonomie in vielen kleinen Gemeinden schon heute kaum vorhanden», gibt Rühli zu bedenken. Solche Dörfer könnten finanziell nur dank Finanzausgleichszahlungen überleben und seien in fast allen relevanten Bereichen auf eine interkommunale Zusammenarbeit angewiesen.

Die Gründe für den schleichenden Verlust der Gemeindeautonomien sieht Rühli in der steigenden Komplexität der Aufgabenerfüllung. Das habe einerseits mit den Vorgaben der Kantone zu tun, andererseits aber auch mit den wachsenden Ansprüchen der Bürger. Für immer mehr Aufgaben wie etwa die Feuerwehr würden sich die Gemeinden in Zweckverbänden zusammenschliessen, sagt Rühli. «Solche Bereiche werden der direkt demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen.» Der Avenir-Suisse-Experte spricht sich dafür aus, dass Gemeinden eine funktionierende, staatstragende Ebene bleiben. Um dies zu gewährleisten, drängten sich Gebietsreformen auf, sagt Rühli.

Fusionen führen nicht zu starken Gemeinden

Eine andere Position vertritt Reiner Eichenberger von der Universität Freiburg. Für den Volkswirtschaftsprofessor sind Fusionen kein Allerheilmittel. Aus mehreren Kleingemeinden entstehe oftmals nicht eine einheitliche und starke Grossgemeinde, sagt Eichenberger. «Vielmehr wird so ein Konglomerat von mehreren Fraktionen mit ganz unterschiedlichen Interessen geschaffen.» Aus Sicht der Bürger nehme der direkte Zusammenhang zwischen ihrem Steuerbeitrag und



Für die IG Starkes AR haben kleine Gemeinden wie Reute heute faktisch keine Autonomie mehr.

Bild: APZ

den Gemeindeleistungen ab. Eichenberger weist in diesem Zusammenhang noch auf einen anderen Punkt hin: «Die Mehrkosten und Probleme von Kleingemeinden sind meistens nicht

die Folgen der Kleinheit, sondern von anderen Faktoren.» Als Beispiel nennt er abgelegene Lagen, topographische Gegebenheiten und geringe Bevölkerungsdichte. Gerade auf solche Faktoren hätten

ten Fusionen keinen Einfluss, betont Eichenberger.

Zweckgemeinden als Alternative

Umstritten ist die Frage nach der kritischen Grösse einer Gemeinde, um auch künftig selbständig und handlungsfähig zu sein. Allgemein lasse sich diese Frage nicht beantworten, sagt Lukas Rühli. «Meiner Ansicht nach sollte eine Gemeinde im ländlichen Raum eine Mindestgrösse von 4000 Einwohnerinnen und Einwohner haben.» Damit könnten zumindest die wesentlichen Leistungen wie die Volksschule effizient und autonom betrieben werden. Es gebe, anders als oftmals behauptet, durchaus überregionale Zusammenarbeitsformen, in denen die direkte demokratische Mitsprache gewährleistet sei, sagt Rühli.

Auch Reiner Eichenberger bestreitet nicht, dass kleinere Gemeinden heute gelegentlich an ihre Grenzen stossen. «Die Probleme werden allerdings zu stark generalisiert» sagt der

Volkswirtschaftsprofessor. Es gebe unter den Kleingemeinden riesige Unterschiede bezüglich Leistungsfähigkeit, Effizienz und Finanzlage. Zusammengearbeitet werden sollte daher nur in jenen Bereichen, bei denen es wirklich Grössenvorteile gebe, sagt Eichenberger. «Das kann etwa bei Oberstufenschulen sein.» Als Alternative zu Zusammenschlüssen bringt er Zweckgemeinden mit eigenen demokratischen Strukturen und Steuerhoheit ins Spiel. Solche gibt es in einigen Kantonen mit den Schulgemeinden.

Serie: Ideen für ein starkes Ausserrhoden

Die IG Starkes Ausserrhoden hat acht Thesen zur Zukunft von Appenzell Ausserrhoden formuliert. Die Appenzeller Zeitung hat diese in loser Reihenfolge vorgestellt. Mit diesem Beitrag ist die Serie beendet. (red.)

«Gebietsreformen drängen sich auf.»



Lukas Rühli
Projektleiter
Avenir Suisse

«Vieles spricht eher für Kleinheit.»



Reiner Eichenberger
Volkswirtschaftsprofessor
Universität Freiburg

Fusionen führen zu autonomen Gemeinden

These 8: Gemeindefusionen stärken die Gemeindeautonomie.

Die Schweizer und Schweizerinnen sind tief im Herzen Föderalisten. Als solche haben wir alle ein gesundes Misstrauen gegen zentrale Lösungen, (zu) grosse Strukturen und übergeordnete Körperschaften und Instanzen, die uns nicht oder nur in Teilen Rechenschaft schuldig sind. Ebenso haben wir die gesunde Überzeugung, dass alles, was in der Gemeinde erledigt werden kann, auch dort erledigt und bestimmt werden soll. Die Delegation der Kompetenzen erfolgt also von unten nach oben bzw. von aussen nach innen. Diese Ge-

danken teilen wir. Wir wollen starke, lebensfähige und prosperierende Gemeinden haben. Das ist eine ausgezeichnete Grundlage für ein starkes Ausserrhoden. Der Föderalismus setzt aber stillschweigend etwas voraus, das leider nicht mehr in allen Gemeinden gegeben ist. Die Gemeinde muss die bei ihr verbleibenden Aufgaben vollumfänglich und selbstbestimmt wahrnehmen können. Ist das nicht der Fall, so steht unser föderales System, das uns allen viel wert ist, auf tönernen Füßen. Sind die (zu kleinen) Gemeinden nicht mehr in der Lage, die ihnen zugedachten Aufgaben wahrzunehmen – also ihre Exekutive und

die weiteren Ämter mit kompetenten Leuten zu besetzen, die benötigte Infrastruktur aus den selbst vereinnahmten Steuern zu finanzieren, eine Schule mit hoher Qualität anzubieten, die ei-

gene Zukunft zu gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern – so verlieren sie sukzessive an Autonomie. Sie werden Aufgaben abgeben, weil sie nicht selbst die Kraft dazu haben. Die Stimmbürger können nur noch nicken, weil andere bereits für sie entschieden haben. Zu kleine Gemeinden sind dann nur noch schein-autonom.

Zusammenschlüsse beleben den Föderalismus

Wenn es um freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden geht, so argumentieren Gegner immer mit dem Verlust der Autonomie. Wir sagen, dass man hier den Verlust von etwas beklagt,

was man schleichend schon verloren hat. Schliessen sich Kleine zusammen, so können sie gross und stark genug werden, dass sie innerhalb der neuen Grenzen ihre Aufgaben wieder vollständig und selbstbestimmt wahrnehmen können. Niemand hat Autonomie verloren, sondern alle haben wieder zur Selbstbestimmung und Selbständigkeit zurückgefunden. Sinnvolle und selbstbestimmte Gemeindefusionen führen zu starken und erneut autonomen Gemeinden. Sie beleben den Föderalismus, indem sie die Gemeinden stärken. Das macht den Kanton stark.



Annette Joos-Baumberger
Vorstandsmitglied IG Starkes AR
Bild: APZ

Annette Joos-Baumberger